

Arbeiten aus dem
**OSTEUROPA-INSTITUT
MÜNCHEN**

Working Papers

Nr. 245

März 2003

**Ökonomische Indikatoren zur
Beitrittsfähigkeit der MOE-Länder –
Eine vergleichende Bewertung**

Wolfgang QUAISSER

ISBN 3-921396-82-4

Gutachten

erstellt im Auftrag des
Bundesministeriums der Finanzen



Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung und Schlussfolgerungen	v
I. Einleitung	1
II. Die ökonomischen Beitrittskriterien	2
1. Kriterium 1: Funktionsfähige Marktwirtschaft	4
1.1. Subkriterium 1: Preis- und Außenhandelsliberalisierung.....	4
1.2. Subkriterium 2: Markteintritt und Marktaustritt	5
1.3. Subkriterium 3: Rechtliche Rahmenbedingungen	6
1.4. Subkriterium 4: Makroökonomische Stabilität (und ergänzendes Kriterium: Konvergenz und wachstumsorientierte Makropolitik) ..	10
1.5. Subkriterium 5: Konsens in der Wirtschaftspolitik	22
1.6. Subkriterium 6: Finanzsektor	23
2. Kriterium 2: Wettbewerbsfähigkeit	26
2.1. Subkriterium 1: Funktionsfähige Marktwirtschaft	26
2.2. Subkriterium 2: Human- und Sachkapital.....	27
2.3. Subkriterium 3: Staatliche Wettbewerbspolitik und staatliche Einflussnahme	30
2.4. Ergänzendes Kriterium zu Subkriterium 3: Privatisierung und Unternehmenskontrolle.....	34
2.5. Ergänzendes Kriterium 5: Problemsektoren	36
2.6. Subkriterium 4: Betriebliche Investitionen zur Umstrukturierung und Leistungssteigerung, Wettbewerbsindikatoren und auslän- dische Direktinvestitionen (ADI)	38
2.7. Subkriterium 4: Außenwirtschaft, EU-Integration	44
2.8. Subkriterium 8: Kleinere und mittlere Unternehmen (KMU)	48
3. Zusammenfassende Bewertung	48
Literaturverzeichnis	54

Verzeichnis der Übersichten

Übersicht 1	Ökonomische Beitrittskriterien.....	3
Übersicht 2	Indikatoren: Preis- und Außenhandelsliberalisierung	5
Übersicht 3	Indikatoren: Markteintritt und Marktaustritt (EU-Kommission).....	6
Übersicht 4	Indikatoren: Rechtliche Rahmenbedingungen, EBRD, IMD und EU-Kommission	8
Übersicht 5	Indikatoren: Korruption, Justiz und Sicherheit	9
Übersicht 6	Indikatoren: Makropolitik und Wachstum	16
Übersicht 7	Indikatoren: Wichtige makroökonomische Daten 2001.....	18
Übersicht 8	Wichtige makroökonomische Daten.....	18
Übersicht 9	Konvergenzkriterien und Kredit-Rating.....	19
Übersicht 10	Entwicklung des BIP der MOE-Beitrittskandidaten und der übrigen Transformationsländer, 2001	19
Übersicht 11	Die Erfüllung der Maastricht-Kriterien in den MOE-Ländern im Vergleich mit den EU-Südländern	20
Übersicht 12	Konsens in der Wirtschaftspolitik EU-Kommission	22
Übersicht 13	Indikatoren: Finanz- und Bankensektor.....	24
Übersicht 14	Indikatoren: Finanz- und Bankensektor.....	25
Übersicht 15	Indikatoren: Finanz- und Bankensektor.....	26
Übersicht 16	Kriterium 1: Funktionsfähige Marktwirtschaft	26
Übersicht 17	Infrastrukturindikator: Rangpositionen IMD (2002).....	28
Übersicht 18	Indikatoren: Infrastruktur und Fortschritte bei Reformen im Bereich Infrastruktur (EBRD, 2002)	28
Übersicht 19	Human- und Sachkapital sowie Arbeitsmarkt.....	29
Übersicht 20	EU-Kommission: Infrastruktur und Fortschritte bei Reformen im Bereich Infrastruktur	30
Übersicht 21	Indikatoren: Regierung und staatliche Interventionen (2002).....	31
Übersicht 22	Indikatoren: Regierung und staatliche Interventionen (2002).....	32
Übersicht 23	Staatliche Einflussnahme und Wettbewerbspolitik.....	33
Übersicht 24	Indikatoren: Privatisierung, Unternehmenskontrolle und Industriepolitik.....	35
Übersicht 25	EBRD-Indikatoren: Privatisierung und Unternehmenskontrolle	36
Übersicht 26	Indikatoren: Problemsektoren	38
Übersicht 27	Indikatoren: Betriebliche Investitionen und ADI.....	40
Übersicht 28	Indikatoren: Investitionen und ADI.....	41
Übersicht 29	Indikatoren: Produktivität und Mikroökonomische Wettbewerbsindikatoren	41
Übersicht 30	Indikatoren der Wettbewerbsfähigkeit in der Industrie	42
Übersicht 31	Indikatoren: Außenwirtschaft.....	45
Übersicht 32	Indikatoren: Außenwirtschaft.....	46
Übersicht 33	Handelsbilanz- und Leistungsbilanzsaldo der Kandidatenländer	46
Übersicht 34	Warenstruktur und Entwicklung der MOE-Exporte (2000)	47
Übersicht 35	Exportentwicklung der Kandidatenländer 1998-2000	47
Übersicht 36	Indikatoren: Kleinere und mittlere Unternehmen.....	49
Übersicht 37	IMD-Wettbewerbsindex Insgesamt und Index der wirtschaftlichen Freiheit	50
Übersicht 38	WEF-Wettbewerbsindex „Wachstum“	51
Übersicht 39	WEF-Mikroökonomischer Wettbewerbsindex	52

Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Auf dem Kopenhagener Gipfel im Dezember 2002 haben die Staats- und Regierungschefs der EU-Osterweiterung zugestimmt. Ein historisches Projekt befindet sich nun in der Endphase, doch bestehen in der Öffentlichkeit und auch in Fachkreisen durchaus Bedenken hinsichtlich der EU-Beitrittsfähigkeit der neuen Mitgliedsländer. Das Gutachten untersucht, ob diese Bedenken im ökonomischen Bereich gerechtfertigt sind. Dabei geht es weniger um die hinlänglich bekannten beachtlichen Differenzen im Einkommensniveau zwischen den neuen und alten Mitgliedsländern, als vielmehr um die Erfüllung der seitens der EU aufgestellten Beitrittskriterien.

Laut EU gilt im ökonomischen Bereich die Erfüllung zweier Kriterien („funktionsfähige Marktwirtschaft“ und „Wettbewerbsfähigkeit“) als Voraussetzung des EU-Beitritts. Anhand von Indikatoren unterschiedlicher Institutionen (u.a. EU-Kommission, Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, EBRD, International Institute for Management and Development, IMD, World Economic Forum, WEF) wird die Beitrittsfähigkeit der MOE-Länder aus ökonomischer Sicht bewertet. Die Studie orientiert sich an den Kriterien der EU, wird jedoch durch zusätzliche Einschätzungen ergänzt.

Subkriterium 1: Funktionsfähige Marktwirtschaft

Die Bewertung der Kommission fällt recht allgemein aus: Estland, Lettland, Litauen, Polen, die Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn werden von der EU-Kommission, wie bereits in den früheren Berichten, als funktionsfähige Marktwirtschaften angesehen. Erstmals wird nunmehr Bulgarien angesichts deutlicher Fortschritte als funktionsfähige Marktwirtschaft bezeichnet. Die Bewertung Rumäniens fällt vage aus, denn trotz Reformfortschritte kann dieses Beitrittskriterium noch nicht als erfüllt gelten. Der Kommissionseinschätzung ist weitgehend zuzustimmen. In Hinblick auf ihre makroökonomische Politik sowie die institutionellen Rahmenbedingungen für den Marktprozess (u.a. rechtliche Rahmenbedingungen, Markteintritt und Marktaustritt) weisen jedoch einige Länder Schwächen auf, die auch hinsichtlich des Wettbewerbskriteriums Sorge bereiten.

Die Preis- und Außenhandelsliberalisierung ist weit vorangeschritten: Alle Beitrittskandidaten haben beachtliche Liberalisierungsschritte insbesondere im außenwirtschaftlichen Bereich zu verzeichnen, doch in der Binnenwirtschaft werden noch zu viele Preise (vor allem Energie, Mieten etc.) administrativ reguliert. Dennoch kann davon ausgegangen werden, dass die Gütermärkte mit gewissen Einschränkungen relativ effizient funktionieren, obwohl weitere Liberalisierungsschritte notwendig sind. Anhand der EBRD-Kriterien lässt sich in diesem Bereich keine deutliche Länderdifferenzierung erkennen, doch schneiden Polen, Ungarn und Slowenien im Vergleich zu den anderen Ländern geringfügig besser ab. Die IMD-Bewertung (ohne Lettland, Litauen, Bulgarien

und Rumänien) im Bereich Außenwirtschaft (Ausmaß protektionistischer Praktiken) lässt demgegenüber erkennen, dass sich Estland deutlich von den übrigen Ländern abhebt und sogar die EU-Südländer übertrifft, wogegen Tschechien und Ungarn im Vergleich zu diesen ähnlich bewertet werden. Die neuen Mitgliedsländer weisen mit Ausnahme Sloweniens im Vergleich zu den EU-Südländern stärkere administrative Eingriffe durch die Zollbehörden auf.

Markteintritt und Marktaustritt sind rechtlich abgesichert, doch bestehen in der Realität verschiedene Hindernisse: In dem Bereich Markteintritt und Marktaustritt sind laut Kommissionsbewertung Ungarn und Estland führend, obwohl der Abstand zu Polen nicht allzu groß ausfällt. Weitergehende Probleme werden für Tschechien und Slowenien konstatiert, wobei grundsätzlich die Schwierigkeiten eher im Bereich des Marktaustritts liegen. Dabei geht es weniger um die Defizite im Rechtssystem, als vielmehr um ihre praktische Implementierung, insbesondere im Bereich der Insolvenzverfahren. Die Slowakei, Lettland und Litauen haben zwar beachtliche Fortschritte in diesem Bereich vollzogen, doch werden weiterhin Mängel konstatiert. In Bulgarien und Rumänien scheinen Markteintritt und –austritt noch immer schlecht zu funktionieren.

Die rechtlichen Rahmenbedingungen für eine Marktwirtschaft sind weitestgehend geschaffen: Die Differenzierung hinsichtlich Markteintritt und Marktaustritt trifft anhand des EBRD-Rechtsindikators nur bedingt für den Unternehmenssektor zu. In allen Ländern sind weitestgehend die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Marktwirtschaft geschaffen und die Eigentumsrechte gesichert worden, wenngleich Tschechien und die Slowakei etwas weniger erfolgreich waren. Bei der IMD- und WEF-Bewertung führen in diesem Bereich Ungarn und Estland (mit Einschränkung Tschechien), die ein dem der EU-Südländer ähnliches Niveau erreichen. Die übrigen MOE-Länder (insbesondere Rumänien beim WEF-Indikator) erzielen dagegen deutlich schlechtere Werte. Wie stark der Marktmechanismus durch Korruption und ein unzulängliches Justiz- und Sicherheitssystem beeinträchtigt wird, kann ergänzend abgeschätzt werden. Ungarn, Slowenien und Estland schneiden in diesem Bereich am besten ab, Rumänien dagegen am schlechtesten. Korruption ist jedoch auch in Tschechien, der Slowakei und Lettland sehr stark verbreitet, wogegen das etwas günstiger bewertete Polen etwa das Niveau des EU-Schlusslichts Griechenland erreicht.

Die Makropolitik der meisten Beitrittskandidaten ist solide, wenngleich binnen- und außenwirtschaftliche Gefahren drohen und EU-Referenzwerte nicht erreicht werden: Bezüglich des ergänzenden Kriteriums Makropolitik führt Estland, dicht gefolgt von Ungarn, Slowenien und den übrigen baltischen Staaten. Polen fällt gegenüber den Vorjahren aufgrund mangelnder Abstimmung in der Geld- und Fiskalpolitik und wegen der akuten Wirtschaftsflaute etwas zurück. Markante Fortschritte erzielten die Kandidatenländer in den letzten zwei Jahren hinsichtlich der monetären Konvergenz, doch muss sich deren „Nachhaltigkeit“ bezüglich Inflation und außenwirtschaftlicher Ungleichgewichte (hohe Leistungsbilanzdefizite) mittelfristig erst beweisen. Insbesondere die fis-

kalische Konsolidierung ist selbst in fortgeschrittenen Reformländern (u.a. Polen, Ungarn, Tschechien) nicht hinreichend gelungen. Bulgarien verzeichnet dank seiner strikten Stabilisierungspolitik in den letzten Jahren Fortschritte in diesem Bereich, wogegen Rumänien trotz geringfügig höherer Bewertung eindeutig das Schlusslicht bildet.

Der reale Konvergenzprozess vollzieht sich in den MOE-Ländern eher langsam und wird immer wieder durch Anpassungskrisen unterbrochen: Hinsichtlich des ergänzenden Indikators „anhaltendes Wirtschaftswachstum“ fällt Polen etwas zurück, wogegen Ungarn und die Slowakei aufgeholt haben. Der reale Konvergenzprozess vollzieht sich in den Kandidatenländern im Vergleich zur EU eher langsam. Die Wachstumsraten liegen zwar über denen der EU, doch ist es seit 1997 nur einigen MOE-Ländern (Ungarn, Estland, Lettland) gelungen, signifikant (mindestens 2-Prozentpunkte) höhere Wachstumsraten als in der EU-15 zu erreichen. Die Erfahrungen Ungarns (1995), Tschechiens (1997) und zuletzt Polens (2001/02) zeigen, dass makroökonomische Fehlentwicklungen, die entsprechende wirtschaftliche Korrekturen erfordern, erneute Anpassungskrisen hervorrufen. Sie verzögern den mittel- und langfristigen Konvergenzprozess spürbar. Dramatische Finanz- bzw. Wirtschaftskrisen sind aufgrund der moderaten (größtenteils durch ADI-Zuflüsse gedeckten) Leistungsbilanzdefizite und der relativ stabilen Finanzsektoren jedoch kaum zu erwarten.

Ein grundlegender Konsens in der Wirtschaftspolitik ist weitestgehend erreicht: Das Kommissionskriterium „Konsens in der Wirtschaftspolitik“ wäre nur dann von ausschlaggebender Bedeutung, wenn eine Fundamentalopposition gegen marktwirtschaftliche Reformen und EU-Integration nennenswert an Einfluss gewinnen würde. Zwar sind solche Strömungen durchaus vorhanden (radikale Bauernbewegung in Polen, Bergarbeiterstreiks vor einigen Jahren in Rumänien), doch konnten sie nicht grundsätzlich den öffentlichen Konsens über grundlegende Ziele (insbesondere des EU-Beitritts) gefährden. Aus diesem Grunde ist selbst in Polen nicht zu erwarten, dass die anstehenden Referenden den EU-Beitritt verhindern werden. Jüngste (Dezember 2002) Umfragen zeigen indes, dass die Zustimmung zu einem EU-Beitritt in Lettland und Estland unter 50% liegt. Zudem sind durchaus scharfe politische Kontroversen über die Wirtschaftspolitik in den Kandidatenländern zu beobachten, was allerdings auch bei den jetzigen EU-Mitgliedsländern keine Seltenheit ist. Ein Hindernisgrund für einen EU-Beitritt kann dies deshalb nicht sein.

Beachtliche Fortschritte sind in der Bankenreform der MOE-Länder zu konstatieren, doch entspricht der Finanzsektor in den meisten Beitrittsländern noch nicht vollständig den Standards entwickelter Marktwirtschaften: Die Mehrzahl der neuen EU-Mitgliedsländer ist wegen der unzureichenden Reife des Finanzsektors zu kritisieren. Verschiedene Indikatoren und Bewertungen der EBRD, des IMD, aber auch der Kommission zeigen, dass nur der estnische und ungarische Finanzsektor EU-Standards erreicht. Polen und Tschechien konnten deutliche Reformfortschritte vorweisen. In Polen hat sich jedoch die finanzielle Solidität des Finanzsektors aufgrund der Wirtschafts-

flaute verschlechtert. Tschechien und die Slowakei weisen trotz Konsolidierungsfortschritt noch einen hohen Anteil notleidender Kredite auf. Die Unzulänglichkeiten des Finanzsektors betreffen auch unmittelbar das Wettbewerbskriterium, weil eine effiziente Allokation des Kapitals eingeschränkt und die Modernisierung der Unternehmen verzögert wird.

Subkriterium 2: Wettbewerbsfähigkeit

Die Human- und Sachkapitalausstattung ist in den neuen Mitgliedsländern nur bedingt für einen EU-Beitritt ausreichend: Während Tschechien, Ungarn und Slowenien sicherlich die geringsten Infrastrukturprobleme aufweisen und über gut ausgebildete Arbeitskräfte verfügen, dürften in den übrigen Staaten noch erhebliche Investitionen notwendig sein. Dies gilt insbesondere für Bulgarien und Rumänien, wo auch nach Kommissionseinschätzung die Infrastrukturdefizite die Wirtschaftsentwicklung stark beeinträchtigen. Die Transformationsindikatoren der EBRD zeigen, dass die Reformen in wichtigen Infrastrukturbereichen in den neuen Mitgliedsländern voranschreiten, jedoch noch nicht abgeschlossen sind. Der EU-Beitritt wird sich aufgrund der EU-Struktur- und Regionalförderung positiv auf die Human- und Sachkapitalausstattung der MOE-Länder auswirken. Dabei ist darauf zu achten, dass Bulgarien und Rumänien, die ohnehin eine ungünstigere Infrastruktur aufweisen, im Rahmen der Vorbeitrittshilfen nicht benachteiligt werden.

Die staatliche Einflussnahme auf die Wirtschaft ist in einigen MOE-Ländern nach wie vor hoch und eine Wettbewerbspolitik nach EU-Standards noch nicht erreicht: Die Rechtsanpassung im Bereich der Wettbewerbs- und Subventionspolitik ist in den meisten fortgeschrittenen MOE-Ländern nahezu abgeschlossen, doch sind auch dort das tatsächliche Ausmaß der staatlichen Einflussnahme auf die Wirtschaft und der Umfang staatlicher Subventionen noch hoch. Insbesondere in Polen und Tschechien lassen sich stärkere staatliche Einflüsse feststellen. Es ist nicht auszuschließen, dass die strikte Anwendung der wettbewerbspolitischen Regeln der EU in einigen Ländern für spezifische Branchen Überlebensprobleme nach sich ziehen wird. Verschiedene Indikatoren hinsichtlich Verwaltung und staatlicher Einflussnahme lassen Estland und Ungarn am besten abschneiden, obwohl der für die Acquisübernahme zuständige Verwaltungsbereich auch in diesen Ländern noch Defizite aufweist. Dennoch dürften diese Mängel in einem überschaubaren Zeitraum mit entsprechender fachlicher Qualifizierung der Verwaltung überwunden werden. Schlusslicht bilden auch bei diesem Kriterium Bulgarien und Rumänien.

Zwar ist die Privatisierung in den MOE-Ländern fast abgeschlossen, doch bestehen noch Defizite im Bereich der Eigentümerkontrolle und Umstrukturierung der Unternehmen: Während die sog. kleine Privatisierung (Handel, Dienstleistungen, kleine Unternehmen) in allen Ländern als abgeschlossen gelten kann, haben Ungarn, Tschechien, Estland und die Slowakei sowie mit Einschränkungen auch Litauen und Bulgarien die Privatisierung von Großunternehmen nahezu beendet. In den übrigen MOE-Ländern

muss noch eine Vielzahl von Großunternehmen privatisiert werden. Während zumindest die fortgeschrittenen MOE-Länder im Bereich der Privatisierung bald EU-Standards erreicht haben dürften, fällt der Abstand zum westeuropäischen Niveau bezüglich Unternehmenskontrolle und Umstrukturierung markanter aus. Ungarn, Tschechien gefolgt von Polen und Estland dürften am weitesten vorangeschritten sein, doch wird auch hier noch einige Zeit vergehen, um ein mit der EU vergleichbares Niveau zu erreichen. Marktwirtschaftliche industriepolitische Konzepte nach EU-Standards sind zwar vielfach formal verankert, bestehen aber selbst in den fortgeschrittenen MOE-Ländern weitestgehend nur auf dem Papier.

Die vollständige Lösung von wirtschaftlichen Strukturproblemen kann keine Voraussetzung für den Beitritt sein, doch müssen Reformen glaubwürdig in die Wege geleitet sein: Umstrukturierung und Modernisierung von schrumpfenden Wirtschaftssektoren (Kohle-, Stahl- und Agrarsektor) sind in den Kandidatenländern unterschiedlich weit vorangeschritten. Ungarn hat weitestgehend die Kapazitäten in den schwerindustriellen Bereichen angepasst, doch ist die Privatisierung der Stahlindustrie noch nicht abgeschlossen. Tschechien benötigt weitere Privatisierungen, Umstrukturierungen und Kapazitätsvermindierungen in der Stahlindustrie und im Kohlebergbau. Insbesondere in Polen sind diese Anpassungsprozesse in den Problembereichen (Bergbau und Stahlindustrie) noch im vollen Gange. Als schwierig erweist sich die Situation der kleinbäuerlichen Landwirtschaft und von Teilen der Nahrungsmittelindustrie. In Slowenien und der Slowakei sind Strukturwandel und Privatisierung des Stahlsektors noch nicht vollständig abgeschlossen. Dies gilt auch im Baltikum für den Energiesektor sowie die öffentlichen Versorgungsunternehmen. Trotz einiger Fortschritte sind die Problemsektoren in Bulgarien und insbesondere in Rumänien (Landwirtschaft, Energiesektor) weitaus ungünstiger zu beurteilen.

Die betriebliche Umstrukturierung ist in den MOE-Ländern in vollem Gange, doch hat sich in einigen Ländern die Wettbewerbsposition der Industrie verschlechtert: Polen, Ungarn und Slowenien zeichnen sich von 1997 bis 2001 durch dynamische Investitionstätigkeit aus, die sich in Polen wegen der Wirtschaftsflaute allerdings jüngst merklich abschwächte. Auch in anderen Ländern (Baltikum, Bulgarien) haben die Investitionen, allerdings von einem niedrigen Ausgangsniveau, deutlich angezogen. Investitionsdynamik und starkes Wachstum von ausländischen Direktinvestitionen (vor allem in Ungarn) zeigen, dass in den fortgeschrittenen MOE-Ländern die Modernisierung des Kapitalstocks voranschreitet. Dies ist in etwas geringerem Umfang in Tschechien, Estland und Polen der Fall, doch vollzieht sich in allen Kandidatenländern die Modernisierung der heimischen Unternehmen deutlich langsamer. Die quantifizierbaren Indikatoren zeigen, dass sich seit 1997 die Wettbewerbsposition der polnischen und tschechischen Industrie nicht zuletzt infolge der Währungsaufwertung und aufgrund eines im Vergleich zum Produktivitätswachstum stärkeren Lohnanstiegs verschlechtert hat. Auch in Litauen und Lettland ist dieser Trend, allerdings von einem niedrigen Ausgangsniveau, zu beobachten. Deutlich besser sieht die Lage in Ungarn, Slowenien, Estland und der Slowakei aus. In Bulgarien und Rumänien lassen die Indikatoren darauf schließen, dass die wirtschaftliche Konsolidierung erst begonnen hat.

Ausmaß, Tempo und Art der Handelsverflechtung der MOE-Länder deuten darauf hin, dass die wirtschaftliche Integration der Beitrittsländer in die EU weit vorangeschritten ist: Die EU hat für die MOE-Länder sowohl im Handelsvolumen als auch im Außenhandelsanteil Werte erreicht, die der geographischen Nähe der Beitrittsländer und ihrem Einkommensniveau entsprechen. Auch die Struktur des Außenhandels lässt darauf schließen, dass die Außenhandelsintegration der Beitrittskandidaten der ersten Runde weit vorangeschritten ist und wichtige Branchen (u.a. Automobil) mit der westeuropäischen Wirtschaft verflochten und wettbewerbsfähig sind. Dies gilt insbesondere für Ungarn, Estland und Tschechien, die einen beachtlichen Wandel in der Struktur und Qualität ihrer Exporterzeugnisse erreicht haben. Der Indikator „Globalisierung“ des IMD zeigt, dass diese Länder teilweise besser als die Südländer abschneiden.

Kleinere und mittlere Unternehmen sind eine der tragenden Säulen des Wachstums und des Strukturwandels, doch behindert das Umfeld sie vielfach in ihrer Entwicklung: Obwohl in den einzelnen Ländern die Bedeutung des KMU-Sektors durchaus unterschiedlich ausfällt, kann in allen MOE-Ländern eine Diversifizierung der Unternehmensstruktur weg von den Großunternehmen beobachtet werden. Polen, Ungarn, Tschechien, Slowenien und Estland sind in der KMU-Entwicklung am weitesten fortgeschritten. Dort trägt dieser Sektor maßgeblich zum Wirtschaftswachstum und Strukturwandel bei. In der Slowakei dominieren noch Großunternehmen in Produktion und Export und in Rumänien sind die KMU weitgehend auf Dienstleistungen konzentriert. Unzureichende Möglichkeiten der Fremdfinanzierung, bürokratische Hürden, Korruption und mangelhafter Zugang zu unternehmensbezogenen Dienstleistungen bleiben weiterhin Entwicklungshemmnisse des KMU-Sektors. Die Übernahme von formalen EU-Förderrichtlinien und Unterstützungsprogrammen ist zwar fast abgeschlossen, doch die EU-Kommission bemängelt deren reale Implementierung.

Das EU-Kriterium „Wettbewerbsfähigkeit“ wird von den Beitrittsländern noch nicht ausreichend erfüllt: In Hinblick auf das Wettbewerbskriterium können Estland und Ungarn bis zum Jahr 2004 die nötige Beitrittsreife erreichen. In vielen Bereichen sind diese Staaten schon mit den EU-Südländern vergleichbar bzw. schneiden in Einzelfällen sogar besser ab, doch ist auf eine solide makroökonomische Politik zu achten. Auch für Slowenien und Tschechien sieht die Prognose günstig aus, obwohl hier noch strukturelle Reformen abgeschlossen werden müssen. Dies gilt nur mit Einschränkungen für die anderen fortgeschrittenen Beitrittskandidaten Polen, die Slowakei, Lettland und Litauen. Diese müssen in den nächsten Jahren noch erhebliche Anstrengungen zur Umstrukturierung und Modernisierung von Unternehmen, insbesondere in Problemsektoren auf sich nehmen und die Rahmenbedingungen für ihre Wettbewerbsfähigkeit verbessern. Anpassungsprobleme sind deshalb auch nach dem Beitritt 2004 absehbar. Bulgarien hat in den letzten Jahren aufgeholt und es besteht ein deutlicher Abstand zu Rumänien. Das Beitrittsdatum 2007 scheint deshalb insbesondere für Rumänien sehr optimistisch zu sein.